

München, 03.03.2021

SPD-Dringlichkeitsantrag: Rechte der Frauen in der Corona-Krise besser schützen

**Fraktionsvizin Dr. Simone Strohmayr: Frauen tragen Hauptlast der Sorgearbeit -
Frauensprecherin Ruth Müller: Weibliche Beschäftigte in systemrelevanten Berufen
überrepräsentiert**

Die SPD-Landtagsfraktion fordert, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern auch in der Coronakrise nicht aus dem Blick zu verlieren. In einem **Dringlichkeitsantrag**, der morgen (4. März) dem Plenum zur Beratung vorliegt, regen die 22 SPD-Abgeordneten an, die Rechte von Frauen in verschiedenen Bereichen zu schützen.

"Frauen sind in der Corona-Krise vielfach belastet. Sie tragen die Hauptlast der Sorgearbeit, arbeiten im Homeoffice und betreuen Kinder oder kranke Familienangehörige. Wir appellieren an die Staatsregierung, sich stärker für die in der Bayerischen Verfassung festgeschriebene Gleichberechtigung von Frauen und Männern einzusetzen", erklärt die frauenpolitische Sprecherin und stellvertretende Vorsitzende **Dr. Simone Strohmayr**.

"In der Krise kommen traditionelle Rollenzuweisungen für Frauen und Männer wieder stärker zum Tragen. Wir wollen verhindern, dass sich das verfestigt. Frauen haben strukturelle Nachteile. Nicht nur in Familie und Homeoffice, sondern auch im Beruf: Sie arbeiten überdurchschnittlich oft in systemrelevanten Berufen, zum Beispiel in der Pflege, an der Supermarktkasse oder Kitas. Dies sind nicht nur traditionell schlecht bezahlte Berufe, sondern die Arbeit ist oft auch mit einem höheren Infektionsrisiko verbunden", stellt die Frauenpolitikerin **Ruth Müller** fest.

Konkret soll die Staatsregierung eine wissenschaftliche Studie über die Folgen der Corona-Pandemie für Frauen in Bayern in Auftrag geben. Weiter ist es dringend erforderlich, das Landesgleichstellungsgesetz zu reformieren. Darin soll unter anderem die Anhebung des Frauenanteils in allen Laufbahnen des Öffentlichen Dienstes auf 50 Prozent festgeschrieben werden. Ein weiteres Petition ist die bessere Bezahlung von Frauen in der professionellen Care-Arbeit. Hier muss sich die Staatsregierung auf Bundesebene für eine bessere Entlohnung und Tarifregelungen einsetzen. Weiter soll die Staatsregierung mit einem wissenschaftlichen Gutachten überprüfen lassen, wie die Parität der Geschlechter in kommunalen Vertretungen und im Landtag erreicht werden kann, damit die Interessen der Frauen besser vertreten werden.